

Studie Illegaler Holzhandel

Wälder



GREENPEACE

Die ökonomischen Folgen des illegalen Holzhandels für die deutsche Holz- und Forstwirtschaft

Studie von Ecologic im Auftrag von Greenpeace

www.greenpeace.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	3
2. Politische Rahmenbedingungen	5
2.1. Nationale Ebene	5
2.2. Europäische Ebene	5
2.3. Internationale Ebene	7
3. Globaler Holzhandel und die ökonomischen Kosten des illegalen Holzeinschlages für die deutsche Forst- und Holzwirtschaft	11
3.1. Vorgehensweise	11
3.2. Holzimporte nach Deutschland	12
3.3. Herkunft, Volumen und Wert der deutschen Importe von illegal geschlagenem Holz	14
3.4. Ökonomische Auswirkungen des illegalen Holzhandels	18
3.4.1. Die Folgen illegalen Handels für die Holzwirtschaft	19
3.4.2. Die Folgen illegalen Handels für die deutsche Forstwirtschaft	22
4. Kurze Übersicht über die Positionen aus Wirtschaft, Politik und von Nichtregierungsorganisationen	23
5. Zusammenfassung und Ausblick	24
6. Executive Summary	26
7. Literatur	28
2 Anhang 1: Liste der Interviewpartner	30
5 Anhang 2: Fragebogen	31
6 Anhang 3: Schätzung der Weltbank zu illegalem Holzeinschlag in ausgewählten Ländern (Quelle: World Bank 2006)	32

1. Einführung

Im Rahmen der internationalen Bemühungen zum Klima- und Biodiversitätsschutz ist die Erhaltung der Wälder ein zentrales Anliegen. Nichts desto trotz sind bisherige Bemühungen kaum von Erfolg gekrönt gewesen. Illegaler Holzeinschlag und der Handel mit illegalen Holzprodukten als eine Hauptursache für den ungebremsten Verlust von Wäldern und Urwäldern sind daher wieder weit nach oben auf der internationalen Agenda gerückt. Neben den ökologischen Problemen der zunehmenden Entwaldung rücken in zunehmendem Maße auch die sozialen Probleme, die vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern entstehen, sowie der ökonomische Schaden, der dem rechtmäßigen, legalen Holzhandel durch unfairen Wettbewerb entsteht, in den Blickpunkt. Die Faktoren, die zu illegalem Holzeinschlag führen, sind komplex und reichen von unklaren Besitzverhältnissen und schwachen politischen Institutionen über Armut und Korruption bis zu unzureichenden Regulierungs- und Kontrollmechanismen.

Laut Schätzungen erreicht der Anteil von illegal produziertem Rundholz am globalen Handelsvolumen zwischen 12 und 17 % (SCA & WRI 2004). Diese verhältnismäßig geringen Anteile rühren daher, dass auf globalen Märkten eine große Holzmenge aus Nordamerika und Europa gehandelt wird. Für tropische Länder (z.B. Indonesien) hingegen werden die Anteile an illegal produziertem Holz bis zu 90 % angesetzt (vgl. z.B. Guertin 2005). Obwohl der überwiegende Anteil von illegal geschlagenem Holz auf den Binnenmärkten der Herkunftsländer gehandelt und verbraucht wird (SCA & WRI 2004), ist der volkswirtschaftliche Schaden sowohl für Export- als auch für Importländer aufgrund von Einnahmeverlusten nicht zu vernachlässigen. Die Weltbank schätzt die Einnahmeverluste durch illegalen Holzeinschlag allein auf staatlichen Waldflächen auf rund 10 Milliarden US\$ pro Jahr. Weitere 5 Milliarden US\$ gehen durch Steuererluste und aussetzende Lizenzeinnahmen verloren (World Bank 2006). Darüber hinaus ergaben Simulationen aus dem Global Forest Products Model der UN Ernährungsorganisation (FAO), dass Preise für weltweit gehandelte Holzprodukte durch illegalen Holzhandel um durchschnittlich 7 bis 16 % gedrückt werden (SCA & WRI 2004).

Bevölkerungswachstum, die wirtschaftliche Entwicklung in Schwellenländern wie China und Indien und der verstärkte Einsatz von Biomasse als Energieträger sind die Hauptgründe, warum zukünftig mit einer verstärkten Nachfrage nach Holz und damit mit einer Verschärfung des Problems zu rechnen ist. Zusätzlich verstärkt wird der Druck auf die Wälder insbesondere in Entwicklungsländern durch die erhebliche Ausweitung der landwirtschaftlichen Fläche zum Anbau nachwachsender Rohstoffe für Biokraftstoffe.

Die vorliegende Studie wendet sich dem Problem des illegalen Holzhandels gezielt aus der Perspektive der deutschen und europäischen Holz- und Forstwirtschaft zu. Im Fokus stehen vor allem die ökonomischen

mischen Folgen. Basierend auf Experteninterviews und einzelnen Statistiken wird der ökonomische Schaden, der der Holzbranche aufgrund von illegal gehandeltem Holz entsteht, beschrieben und, sofern möglich, quantifiziert. Ziel der Studie ist es, den für Deutschland bisher kaum betrachteten ökonomischen Schaden des illegalen Holzhandels ins Blickfeld der Diskussion zu rücken und damit zur Problemwahrnehmung und zum Verständnis bei verschiedenen Akteursgruppen beizutragen. Die Autoren hoffen, mit diesen Informationen Impulse für die teilweise ins Stocken geratene Diskussion um mögliche politische und privatwirtschaftliche Maßnahmen zur Eindämmung des illegalen Holzhandels zu geben.

Definition von „illegalem Holzhandel“

Sollen die Folgen illegaler Holzimporte abgeschätzt werden, so bedarf es zunächst einer Definition des Begriffes, um den Untersuchungsrahmen einzugrenzen.

Bis heute gibt es keine international anerkannte Definition von illegalem Holzhandel. Die dadurch entstehenden Missverständnisse tragen häufig dazu bei, dass von verschiedenen Begrifflichkeiten und Abgrenzungen ausgegangen wird und damit eine zielführende Diskussion erschwert wird. Für dieses Papier ist es deshalb notwendig, von vornherein begrifflich festzulegen, was unter „illegalen Holzimporten“ verstanden wird.

Illegaler Holzimport bezeichnet in diesem Bericht die Einfuhr von Holz und Holzprodukten, die aus illegalem Holzeinschlag stammen. Unter „illegalem“ Einschlag wird jene Holzernte verstanden, die geltenden nationalen und internationalen Rechtsbestimmungen zuwider läuft. Dazu gehören unter anderem der Einschlag ohne gültige Einschlagsgenehmigung, Holzeinschlag in Schutzgebieten (z.B. in Nationalparks) oder Einschlag geschützter Baumarten (z.B. Ramin, Mahagoni). Auch wenn mehr Bäume gefällt werden als erlaubt, wird dies unter illegalem Holzeinschlag geführt.

Unter illegalem Holzhandel wird neben dem Verkauf auch die Abnahme und der Besitz von illegal eingeschlagenem Holz verstanden.

Von dem Begriff ausgeschlossen sind Rechtsvergehen, die bei der Produktion oder Weitergabe von legal eingeschlagenem Holz begangen werden, wie zum Beispiel Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung aufgrund der Angabe falscher Holzarten oder Mengen, Falschangaben gegenüber Zollbehörden oder Umdeklarationen (Verschleierung der Herkunft). Zwar werden diese Vergehen in der internationalen Literatur häufig ebenfalls unter illegalem Holzhandel subsumiert, der Übersichtlichkeit halber konzentriert sich dieser Bericht aber auf die engere Definition.

Überblick

Im Rahmen dieser Studie wird zunächst ein Überblick über die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zur Vermeidung des illegalen Handels gegeben. Im darauf folgenden Kapitel werden die ökonomischen Schäden für die deutsche Holz- und Forstwirtschaft bewertet, indem zunächst versucht wird, die Einfuhrmenge von illegal eingeschlagenem Holz nach Deutschland abzuschätzen und diese hinsichtlich ihrer Wirkung zu beurteilen.

2. Politische Rahmenbedingungen

2.1. Nationale Ebene

Das Urwaldschutzgesetz und sein Verhältnis zur EU-Gesetzgebung

Nachdem 2004 bereits die rot-grüne Regierungsfraktion einen Vorschlag zum Verbot des Handels mit illegal geschlagenem Holz in den Bundestag eingebracht hatte, dieser aber wegen der vorzeitigen Neuwahlen nicht verabschiedet werden konnte, folgte 2006 der Entwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für ein Urwaldschutzgesetz. Die Initiative sieht vor, in einer Erweiterung des Bundesnaturschutzgesetzes, den Besitz und die Vermarktung von Holz und Holzprodukten zu verbieten, die aus illegalem Einschlag in Urwäldern stammen. Um die Einhaltung des Verbots auch überprüfbar zu machen, sieht der Entwurf Legalitätsnachweise vor, die die Holzhändler und -verarbeiter bei einer neu zu schaffenden Zertifizierungsstelle beantragen und auf Nachfrage der Behörden vorlegen müssten. Der Legalitätsnachweis soll dabei die gesamte Liefer- und Verarbeitungskette umfassen. Von der Verpflichtung ausgenommen sind direkte Exporte aus Ländern, mit denen die EU im Rahmen des FLEGT-Prozesses (siehe 2.2.) Partnerschaftsabkommen geschlossen hat. Insofern war der Gesetzesentwurf als schnell wirksame Ergänzung zur EU-Politik gedacht, ist aber an Bedenken seitens der Regierungskoalition bezüglich der Vereinbarkeit von europäischer und nationaler Gesetzgebung gescheitert. In der Parlamentsdebatte lehnten die Fraktionen von SPD und CDU nationale Maßnahmen insgesamt ab und sprachen sich stattdessen dafür aus, die Anstrengungen zum Urwaldschutz auf europäischer Ebene im Rahmen der FLEGT-Initiative und als Gastgeber bei der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) voranzutreiben (Dt. Bundestag 2006).

2.2. Europäische Ebene

Im Jahr 2003 beschloss die EU einen "Aktionsplan zu Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor" (FLEGT), dem im Dezember 2005 die FLEGT-Verordnung folgte. Das Kernstück des FLEGT-Ansatzes bilden die „freiwilligen bilateralen Partnerschaftsabkommen“ (VPAs) zwischen der europäischen Kommission und einzelnen holzexportierenden Ländern. In der FLEGT-Verordnung ist vorgesehen, dass nach Abschluss eines Partnerschaftsabkommens nur solches Holz aus dem Partnerland in die EU importiert werden kann, das ein Genehmigungsverfahren durchlaufen hat und mit einem Legalitätsnachweis versehen ist. Um dies zu ermöglichen, müssen sich die EU und das Partnerland bei der Aushandlung von Partnerschaftsabkommen in folgenden Punkten einigen:

- Definition eines Legalitätsstandards und Niederlegung der maßgeblichen nationalen Vorschriften im Partnerschaftsabkommen (**legality standard**);
- Einrichtung eines Systems zur Rückverfolgung des Holzes durch die Lieferkette (**chain of custody tracking**);
- System zur Überprüfung von Exportladungen auf Einhaltung der Anforderungen des Legalitätsstandards (**verification**);
- Einrichtung oder Benennung einer Genehmigungsstelle im Partnerland (**license issuing authority**);
- Überwachung des FLEGT-Genehmigungssystems und Berichterstattung durch unabhängige Dritte, d. h. durch eine von den Behörden des betreffenden Partnerlandes und von dessen Forst- und Holzwirtschaft unabhängige Organisation (**monitoring**).

Zehn holzexportierende Staaten haben bisher ihr Interesse an einem Partnerschaftsabkommen mit der EU bekundet (siehe Übersicht in Tabelle 1), wobei nur

die Verhandlungen mit Kamerun, Indonesien, Malaysia und Ghana überhaupt voran geschritten sind. Entgegen der ursprünglichen Absicht der Kommission, die Verhandlungen mit einigen wichtigen Exportländern, insbesondere mit Indonesien, bis Ende 2007 zum Abschluss zu bringen, liegt jedoch bisher noch kein unterzeichnetes FLEGT-Partnerschaftsabkommen vor. Ein entscheidendes Hemmnis ist offenbar die Definition des Legalitätsstandards, der in einem Konsultationsprozess unter Einbindung aller Interessensvertreter erarbeitet werden soll. Indonesien hat als einziges Partnerland schon eine Definition für legal geschlagenes Holz vereinbart, die noch von der Regierung bestätigt werden muss. In Malaysia und Ghana hingegen scheitert der Prozess bisher an der Uneinigkeit zwischen Regierungs- und NGO-Vertretern über den Ablauf des Konsultationsverfahrens. Vertreter der Zivilgesellschaft beklagen die mangelnde Transparenz des Verfahrens und die unzureichende Berücksichtigung der Rechte von indigenen Völkern.

Von Dezember 2006 bis März 2007 eröffnete die Kommission ein Konsultationsverfahren über die bisherigen Erfahrungen mit dem FLEGT-Prozess und mögliche zusätzliche Optionen zur Bekämpfung von illegalen Holzimporten (Europäische Kommission 2007). Aus den Antworten wird ersichtlich, dass die Mehrheit der Interessensvertreter den FLEGT-Ansatz für unzureichend hält. Neben dem unklaren Zeithorizont für die Umsetzung der Partnerschaftsabkommen kritisieren die Konsultationsteilnehmer die begrenzte geographische Reichweite und die eingeschränkte Anzahl von Holzprodukten, die durch FLEGT abgedeckt werden. Sie weisen zudem auf die Gefahr der "Holzwäsche" hin, wenn ein FLEGT-Partnerland importiertes, illegal geschlagenes Holz als FLEGT-zertifiziertes Holz in die EU ausführt.

Hinsichtlich einer möglichen Alternative zum FLEGT-Ansatz gehen die Meinungen auseinander. Während vor allem die Umwelt-NGOs (z.B. Greenpeace) sich für ein

allgemeines Handels- und Besitzverbot für illegal geschlagenes Holz einsetzen, verweisen viele Industrievertreter auf die zusätzlichen Kosten und den bürokratischen Aufwand, den ein solches Verbot mit sich bringen würde. Einige der Interessensvertreter äußerten außerdem die Sorge, dass die Vorbereitung eines solchen Gesetzesvorhabens den FLEGT-Prozess untergraben könnte, weil die Bereitschaft der Partnerländer, sich an dem Prozess zu beteiligen, möglicherweise weiter sinken würde. Ein weiterer unerwünschter Nebeneffekt eines Einfuhrverbots könnte die Verlagerung von illegalen Handelsströmen nach China sein, die die umweltpolitische Wirkung einer solchen Maßnahme einschränken würde (AGEG und Indufor 2007).

Tabelle 1: Stand der Verhandlungen über FLEGT-Partnerschaftsabkommen

Land	Stand der offiziellen Verhandlungen	Geplanter Abschluss eines VPA
Kamerun ¹	Beginn November 2007	Geplant für Ende 2008
Indonesien ²	Beginn März 2007, Legalitätsstandard vereinbart	Ursprünglich für Ende 2007 vorgesehen
Malaysia	3. Multi-Stakeholder Workshop im November 2007, aber keine Einigkeit über Legalitätsstandards, Widerstand von NGOs	?
Ghana	Beginn im Jahr 2005	Ursprünglich für Juli 2007 vorgesehen
Republik Kongo (Brazzaville)	Interesse bekundet, Verhandlungen möglicherweise ab Mitte 2008, Workshop Dez. 2007	?
Gabun	Interesse bekundet, Verhandlungen möglicherweise ab Mitte 2008, Workshop für März 2008 geplant	?
Zentralafrika	Interesse bekundet, Verhandlung möglicherweise ab September 2008	?
Demokratische Republik Kongo	Interesse bekundet, aber noch kein Anfangstermin absehbar, mangelnde NGO-Beteiligung	?
Liberia	Interesse bekundet	?
Ecuador	Interesse im Jahr 2005 bekundet, nach Regierungswechsel weiterer Verlauf unklar	?

Quelle: Datenbank LoggingOff (<http://www.loggingoff.info/index.html>).

2.3. Internationale Ebene

Zurzeit gibt es auf internationaler Ebene mehrere Abkommen, die theoretisch den internationalen Handel mit illegalem Holz unterbinden sollten. Diese werden im Folgenden kurz dargestellt und analysiert.

CITES (Washingtoner Artenschutzabkommen)

Das „Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freile-

bender Tiere und Pflanzen“ (CITES) von 1973 beschränkt den internationalen Handel für Tier- und Pflanzenarten, die in ihrem Bestand gefährdet oder sogar vom Aussterben bedroht sind. Entsprechend dem Grad ihrer Schutzbedürftigkeit sind die Arten in den drei Anhängen des CITES-Abkommen aufgelistet (BfN 2008). Derzeit werden durch CITES auch 32 Baumarten geschützt, von denen vor allem drei für den internationalen Holzhandel relevant sind: Amerikanischer Mahagoni (*Swietenia macrophylla*), Afromosia

¹ „Déclaration Commune du Cameroun et de la Commission européenne sur la négociation d'un APV (Accord de partenariat volontaire) de l'initiative FLEGT (Forest Law Enforcement Governance and Trade)“ vom 28. September 2007, im Internet abrufbar unter: http://www.illegal-logging.info/uploads/Cameroon_VPA_Declaration.pdf [12. Feb. 2008].

² „Joint Statement of the Minister of Forestry of the Republic of Indonesia and Commissioners for Development and for Environment of the European Commission on the negotiation of a Forest Law Enforcement, Governance and Trade (FLEGT) – Voluntary Partnership Agreement“ vom 8. Januar 2007, im Internet abrufbar unter: http://www.illegal-logging.info/uploads/StatementVPAneg_Indonesia.doc [12. Feb. 2008].

(*Pericopsis elata*) und seit kurzem auch Ramin (*Gonystylus spp.*).

Theoretisch liegen im Monitoring-System von CITES große Chancen für die Kontrolle des internationalen Handels mit illegalem Holz. Sowohl die Ausfuhren als auch die Einfuhren der betroffenen Arten unterliegen einer Genehmigungspflicht, die nur dann erteilt wird, wenn der Bestand der Art durch die Ernte oder Entnahme der Exportmenge nachweislich nicht gefährdet wird („non-detriment findings“). Die 170 Vertragsstaaten verpflichten sich zudem dazu, die aufgelisteten Arten vor Übernutzung zu schützen, und können auch durch verbindliche Empfehlungen des Sekretariats zur Erfüllung dieser Verpflichtung aufgefordert werden. Insofern besteht die Möglichkeit, über CITES nicht-nachhaltige Waldwirtschaft zu ahnden, die häufig auch illegalen Einschlag mit einschließt.

Darüber hinaus ist die CITES-Ausfuhrerlaubnis an die Bedingung gebunden, dass das Exportgut unter Einhaltung der nationalen Gesetze geerntet wurde – eine CITES-Ausfuhrerlaubnis könnte daher theoretisch als Legalitätsnachweis für das gehandelte Holz gelten.

In der Praxis ist die Wirksamkeit des Abkommens für die Bekämpfung von illegalem Holzeinschlag aber stark begrenzt. Zum einen ist nur eine sehr geringe Zahl von handelsrelevanten Baumarten in den CITES-Anhängen aufgeführt. Zum anderen werden die Lieferketten aufgrund von begrenzten Verwaltungs- und Vollzugsressourcen häufig nicht zurückverfolgt, wenn Ausfuhrzulassungen ausgestellt werden und die für CITES zuständigen Instanzen nur unzureichend mit der Forstverwaltung zusammenarbeiten (Chen 2006).

G8-Dialog zum illegalen Holzeinschlag

Der G8-Dialog zum illegalen Holzeinschlag bietet ausgewählten Parlamentariern aus den G8-Staaten und aus wichtigen holz-

exportierenden Ländern³ ein Forum, um außerhalb formalisierter internationaler Verhandlungen Optionen zur Bekämpfung der illegalen Abholzung zu diskutieren. Zusammen mit progressiven Vertretern der Holzwirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen diskutieren die Parlamentarier insbesondere vier Themenbereiche:

- Erschließung von Märkten für nachhaltig und legal erzeugtes Holz;
- Erhöhung der Transparenz in der Waldwirtschaft;
- Optionen, um Einfuhren und den Handel von Fertigprodukten aus illegal geschlagenem Holz zu kontrollieren;
- Erschließung neuer Finanzierungsquellen für nachhaltige Waldbewirtschaftung.

Der Dialog wurde im September 2006 von Globe (Global Legislators Organisation for a Balanced Environment) ins Leben gerufen und soll der japanischen G8-Präsidentschaft bereits im Juli 2008 konkrete Politikempfehlungen vorlegen (Globe 2008).

UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) – 13. Vertragsstaatenkonferenz (COP 13) auf Bali im Dezember 2007

Das weltweite Vorschreiten der Entwaldung ist eine bedeutende Ursache des Klimawandels. Nach Schätzungen des Weltklimarates IPCC ist die Konversion von Wäldern zu Ackerflächen für ca. 20% der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich (IPCC 2007). Die Klimaschutzbemühungen der internationalen Gemeinschaft im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) zielen bisher jedoch hauptsächlich auf die Senkung der industriell bedingten CO₂-Emissionen der entwi-

³ In den Austausch sind Vertreter aus China, Indien, Brasilien, Peru, Indonesien, Malaysia, Ghana, Kamerun, Gabun, aus der Republik Kongo (Brazzaville), aus der Demokratischen Republik Kongo sowie Papua-Neuguinea einbezogen.

ckelten Länder ab, und auch der Clean Development Mechanism (CDM), über welchen Industrieländer Treibhausgasreduktionen in Entwicklungsländern finanzieren, kann nur für Aufforstungsprojekte, nicht aber zum Schutz von bestehenden Wäldern genutzt werden.

Einige Tropenwaldnationen haben deshalb auf der COP 11 der UNFCCC im Jahr 2005 einen Antrag eingebracht, der eine finanzielle Entlohnung für Länder vorsieht, die ihre Entwaldungsraten erfolgreich senken (UNFCCC 2005). Die Finanzierung des Waldschutzes soll dabei über den Verkauf von Emissionsberechtigungen auf dem internationalen Emissionshandelsmarkt erfolgen.

Der unter der Führung von Papua-Neuguinea und Costa Rica erarbeitete Vorschlag hat eine intensive Diskussion über eine mögliche Regelung für "Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (REDD)" ausgelöst. Innerhalb des UNFCCC koordiniert der Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice (SBSTA) die Debatte, nimmt Stellungnahmen entgegen und führt Workshops zu dem Thema durch. Die COP 13 der UNFCCC auf Bali hat in ihrer Entscheidung zu REDD das Arbeitsprogramm des SBSTA bestätigt und die Vertragsparteien aufgefordert, bis März 2008 Einschätzungen zu methodologischen Fragen beim SBSTA einzureichen. Weitere Workshops und eine Internetplattform für den Erfahrungsaustausch sind ebenfalls geplant, und der SBSTA wird der COP 14 im polnischen Poznan Ende 2008 Bericht erstatten. Außerdem sind die Vertragsstaaten eingeladen, die Anstrengungen für den Schutz der Tropenwälder zu verstärken, Kompetenzen in Entwicklungsländern aufzubauen, Demonstrations- und Pilotprojekte durchzuführen und Erfahrungen im Bereich Datenerhebung, Überwachung und Berichterstattung zu sammeln (UNFCCC 2007).

Das bisher größte Pilotprojekt ist die "Forest Carbon Partnership Facility" (FCPF) der Weltbank. Das mit 160 Mio. Dollar

ausgestattete Programm soll in Entwicklungsländern erproben, inwieweit finanzielle Kompensationen erfolgreich Anreize zum Verzicht auf Entwaldung geben können. Der Erfolg wird dabei nicht nur am Waldschutz gemessen werden, sondern auch an sozialen Kriterien. Besonders Umwelt- und Entwicklungsorganisationen drängen darauf, indigene Völker sowie lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen bei der Umsetzung von Pilotprojekten stärker mit einzubeziehen, als das bei der Planung der Weltbank-Initiative bisher der Fall war (Griffiths 2007).

UN-Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) – 9. Vertragsstaatenkonferenz (COP 9) in Bonn im Mai 2008

Die 1992 in Rio de Janeiro unterzeichnete Biodiversitäts-Konvention (CBD) dient dem Schutz der biologischen Vielfalt, der nachhaltigen Nutzung ihrer Bestandteile sowie dem Zugang und gerechten Vorteilsausgleich pflanzengenetischer Ressourcen. Im Jahr 2002 haben sich die Vertragsstaaten mit dem sogenannten 2010-Ziel verpflichtet, bis zum Ende der Dekade die gegenwärtige Rate des Verlustes an biologischer Vielfalt signifikant zu reduzieren. Dies wurde auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs 2002 in Johannesburg bestätigt. Um die Umsetzung der CBD-Ziele sicherzustellen, sind die Vertragsstaaten verpflichtet, nationale Biodiversitäts-Strategien zu erarbeiten sowie Gebiete für das globale Netz von Schutzgebieten auszuweisen, das auf dem Land bis 2010 und für die Meeresgebiete bis 2012 fertig gestellt werden soll (CBD 2004). Speziell zum Thema Biodiversität der Wälder hat die COP 6 im Jahr 2002 zudem ein Arbeitsprogramm beschlossen (CBD 2002), dessen Fortschritt auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz im Mai 2008 überprüft wurde. Im Rahmen des Arbeitsprogramms werden existierende und mögliche zukünftige Waldschutzstrategien basierend auf den Empfehlungen einer Ad Hoc-Expertengruppe (AH-TEG) evaluiert. Dabei wird auch der Frage

nachgegangen, wie die Vertragsstaaten den Verlust von Wäldern durch Raubbau für die Holzgewinnung verhindern können.

Das Thema illegaler Holzeinschlag stand bei der COP 9 im Rahmen des Reviews des Arbeitsprogramms zu Wäldern auf der Tagesordnung und war bereits bei den Vorverhandlungen in Rom im Februar 2008 ein stark umstrittenes Thema. International verbindliche Vereinbarungen gegen den illegalen Holzeinschlag und -handel scheiterten jedoch auch bei der Bonner Konferenz erneut am Widerstand holzexportierender Länder wie Brasilien, Finnland oder Indonesien.

Aus Sicht des Bundesumweltministeriums (BMU 2008), das bis 2010 die Präsidentschaft der CBD inne hat, sowie der deutschen NGOs besteht eine der zentralen Herausforderungen darin, neue Finanzierungsquellen für den Schutz der Artenvielfalt in Wäldern zu erschließen, da die derzeitige Finanzierung durch die Global Environmental Facility (GEF) bei weitem nicht ausreicht. Die finanzielle Kompensation von vermiedener Entwaldung unter der UNFCCC ist eine Option, Abgaben auf die Nutzung bestimmter Umweltgüter oder die Zahlung von Prämien für den Schutz von Naturgütern könnten ebenfalls in Frage kommen.

3. Globaler Holzhandel und die ökonomischen Kosten des illegalen Holzeinschlages für die deutsche Forst- und Holzwirtschaft

3.1. Vorgehensweise

Die im Rahmen dieses Papiers generierten Ergebnisse und Abschätzungen erfolgen auf Basis unterschiedlicher Datenerhebungen und Auswertungen, die im Folgenden ausgeführt werden.

1. Auswertung verfügbarer internationaler **Literatur** zu dem Thema

Ziel der Literaturlauswertung ist es aufzuzeigen, wie sich der Holzhandel in Deutschland und Europa in den letzten Jahren entwickelt hat und wie im Allgemeinen der illegale Holzhandel international abgeschätzt und bewertet wird.

2. **Strukturierte Experteninterviews** mit Vertretern der jeweils betroffenen Sektoren (Holz- und Forstwirtschaft, Handel, Zertifizierung und Möbel- bzw. Baumärkte) sowie aus der Forschung.

Um Wissenslücken über die Holzimporte nach Deutschland gezielt zu schließen und Einschätzungen über die ökonomischen Folgen von Einfuhren illegal geschlagener Hölzer aus den betroffenen Branchen zu erhalten, wurden insgesamt 11 Interviews durchgeführt und ausgewertet. Zehn der Interviewpartner waren Vertreter der relevanten Wirtschaftssektoren (3 Holzhandel, 2 Forstwirtschaft, 3 Möbel- und Baumärkte, 2 aus dem Bereich Zertifizierung und Beratung). Darüber hinaus wurde ein Gespräch mit einem Vertreter aus der Forschung geführt, der eine langjährige Expertise im Bereich deutscher Holzhandelsstatistiken aufweist. Bei den

Interviews handelte es sich entweder um strukturierte Telefoninterviews oder um schriftliche Stellungnahmen zu einem im Vorwege erstellten Fragebogen. Der vollständige Fragebogen sowie eine Auflistung der Interviewpartner befinden sich im Anhang 1.

In den Interviews wurden Fragen zu den folgenden Themenbereichen gestellt:

- Handel mit Holz aus illegalem Einschlag allgemein und der Bezug zu Deutschland (Herkunftsländer, Produkte) und Europa.
- Ökonomische Auswirkungen. Welcher Schaden tritt für die Holzwirtschaft und möglicherweise für andere Sektoren auf?
- Wirtschaftliche und politische Lösungsansätze, wie mit dem Problem zukünftig umgegangen werden kann.

3. Berechnungen der Holzimporte nach Deutschland aus illegalem Einschlag

Der Anteil des Holzes, das aus illegalem Einschlag nach Deutschland gelangt, ist äußerst schwierig zu bestimmen und kann nur auf der Basis von Schätzungen und Näherungswerten angegeben werden. Während Holzmengen allgemein und die damit verbundenen Werte in Euro durch statistische Werte quantifizierbar sind, kann der Anteil an illegal eingeschlagenem Holz für das jeweilige Herkunftsland nur aufgrund der Abschätzungen verschiedener Studien erfolgen. Die Schwierigkeit besteht hierbei darin, dass die Werte zwischen den einzelnen Studien zum Teil erheblich variieren. Die Auswahl der zitierten Quelle erfolgte einerseits nach Aktualität, andererseits nach Einschätzung der Zuverlässigkeit. So wurden Zahlen bevorzugt, die einer Untersuchung mit eigener Datenerhebung (und Befragungen) entstammen und nicht lediglich von anderen Quellen zitiert wurden.

Nach einer kurzen Übersicht über die Holzimporte nach Deutschland insgesamt

wird ausführlicher auf die geschätzten Anteile an Holz, die aus illegalem Einschlag nach Deutschland gelangen, eingegangen. Die hierfür vorgenommenen Schätzungen und Berechnungen schließen neben Rohholzprodukten alle Halb- und Fertigholzwaren mit ein und werden einheitlich als Rundholzäquivalente (r) in Kubikmeter dargestellt. Im Anschluss an die Berechnungen werden die möglichen ökonomischen Folgen für die Holz- und Forstwirtschaft anhand der ausgewerteten Interviews diskutiert.

3.2. Holzimporte nach Deutschland

Deutschlands Importe aus der Holz- und Papierindustrie stiegen in den letzten Jahren durchschnittlich um rund 10 Mio. Kubikmeter Rundholzäquivalente (m^3 (r)), bzw. um rund 1,8 Mrd. Euro an (Tab. 2). Gemäß der vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes importierte Deutschland im Jahre 2007 eine Gesamtholzmenge von 119,4 Mio. m^3 (r) in einem Gesamtwert von 22,8 Mrd. Euro.

Deutschland ist rein rechnerisch seit 2002 ein Nettoexporteur, das heißt, dass mehr Holz exportiert als importiert wird. Im Jahre 2006 betrug der Nettoexport bereits 18,8 Mio. m^3 (r) bzw. 16,8 % der Einfuhren (Dieter 2007). Die größten Holzlieferanten Deutschlands sind Mitgliedsstaaten der EU, allen voran Finnland und Schweden, gefolgt von Polen, Österreich, den Niederlanden und Frankreich.

Im Mittel beträgt die Einfuhr von Tropenlaubholz nach Deutschland knapp 2 Mio. m^3 (r) pro Jahr, wobei die Werte zu früheren Zeiten erheblich schwankten (Dieter und Küpker 2006). In den letzten zehn Jahren allerdings sind die Einfuhren von Tropenholz sowohl was die Mengen betrifft, als auch im Bezug auf den Wert (in Euro) relativ konstant geblieben.⁴ Die Tropenholzimporte nehmen damit lediglich

rund 3 % am Gesamtwert der Holzeinfuhr nach Deutschland ein. Spätestens seit den 1990er Jahren ist bei den Tropenholzeinfuhren ein starker Trend von Schnitt- und Rohholz hin zu Fertigwaren zu verzeichnen, die mittlerweile deutlich über 50 % am Gesamtvolumen einnehmen (Dieter und Küpker 2006).

Asien (vor allem China, Indonesien und Malaysia) ist mit knapp zwei Dritteln an der Gesamtmenge die Region, aus denen das meiste Tropenholz nach Deutschland importiert wird. Das letzte Drittel der Gesamteinfuhr entfällt in ungefähr gleichen Anteilen auf Lateinamerika (v.a. Brasilien) und Afrika (Ghana, Kamerun, Rep. Kongo und andere), wobei Afrika fast 100 % des Rohholzimports abdeckt (Dieter und Küpker 2006).

⁴ Nominal hat sich der Wert des Holzes von 514 Mio. Euro im Jahre 1990 auf 668 Mio. Euro (2005) gesteigert. Wenn hingegen die Inflation mit einem Mittelwert von 2% bereinigt wird, zeigen die Werte der Holzeinfuhren sogar einen leichten Rückgang von 678 Mio. Euro im Jahr 1990 auf 668 Mio. Euro im Jahr 2004.

Tabelle 2: Deutschland: Jährliche Holzimporte (Mengen und Wert)*

Warengruppe	2005 ¹			2006 ²			2007 ³		
	1000 m ³ (r)	Mio. €	Wert (%)	1000 m ³ (r)	Mio. €	Wert (%)	1000 m ³ (r)	Mio. €	Wert (%)
Rohholz	3.099	245	1,28	3.461	284	1,36	4.044	354	1,55
Industrieholz	1.309	30	0,16	1.474	49	0,23	3.861	106	0,46
Roh- und Restholz	4.408	275	1,43	4.935	333	1,60	7.905	460	2,02
Schnittholz	5.632	751	3,92	6.294	909	4,36	6.707	1.080	4,73
Platten	5.486	1.021	5,33	6.130	1.200	5,75	6.827	1.436	6,29
sonst. Holzhalbwaren	2.727	509	2,66	3.134	589	2,82	4.473	967	4,24
Holzschliff, Zellstoff, Altpapier	27.144	2.453	12,80	28.736	2.736	13,11	30.781	3.138	13,75
Papier und Pappe	36.758	6.999	36,51	40.415	7.690	36,85	42.461	8.312	36,42
Halbwaren gesamt	77.746	11.732	61,21	84.709	13.124	62,89	91.249	14.933	65,43
Holzwaren inkl. Möbel	12.768	4.677	24,40	13.852	4.924	23,60	13.523	4.589	20,11
Papierwaren	6.176	2.482	12,95	6.16	2.485	11,91	6.745	2.841	12,45
Fertigwaren gesamt	18.944	7.159	37,35	20.012	7.409	35,51	20.268	7.430	32,55
Gesamt⁴	101.098	19.166	100,00	109.656	20.866	100,00	119.422	22.823	100,00
davon Tropenlaubholz ⁵	2.000	668	3,22	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
davon Holz aus Russland	k.A.	k.A.	k.A.	2.102	k.A.	k.A.	3.594	k.A.	k.A.

* um die Vergleichbarkeit mit den Zahlen für 2007 zu gewährleisten, wurden jeweils die vorläufigen Zahlen für die verschiedenen Jahre verwendet. r= Kubikmeter Rundholzäquivalente.

¹ Quelle: Dieter (2006)

² Quelle: Dieter (2007)

³ eigene Berechnungen von Greenpeace auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes, EUROSTAT und der Bundesforschungsanstalt für Ländliche Räume, Wald und Fischerei (BfL)

⁴ nur Holz- und Papierwirtschaft

⁵ Quelle: Dieter & Küpker (2006)

Während für das Gebiet der EU davon ausgegangen werden kann, dass illegaler Holzeinschlag, abgesehen von Ausnahmen in Estland und Lettland (SCA & WIR 2004), höchstens vereinzelt vorkommt, muss insbesondere bei der Einfuhr von Tropenholz damit gerechnet werden, dass ein Großteil aus illegalem Holzeinschlag kommt. Neben Tropenholz sind es vor allem Nadelhölzer aus Russland, die im Verdacht stehen, zu einem hohen Anteil aus illegal eingeschlagenem Holz zu bestehen.

3.3. Herkunft, Volumen und Wert der deutschen Importe von illegal geschlagenem Holz

Die meisten Angaben über Anteile des illegalen Holzeinschlages für die jeweiligen Herkunftsländer basieren nur zum Teil auf fundierten Berechnungen. Für die Analyse ist zudem von besonderer Wichtigkeit, dass mittlerweile rund die Hälfte aller Tropenholzeinfuhren nicht aus den tropischen Ländern selbst nach Deutschland

kommt, sondern über nicht-tropische Drittländer importiert wird (Dieter und Kúpker 2006). Die Transitländer für indonesisches Tropenholz z.B. sind vor allem Malaysia, China und Vietnam, aber genauso Mitgliedstaaten der EU (z.B. Frankreich) (Dieter und Kúpker 2006, Greenpeace 2006).

Durch diese mehrstufigen Handelsketten, an deren einzelnen Stationen das Holz zum Teil weiter verarbeitet und in seinem Rechtsstatus verändert werden kann, wird die Rückverfolgbarkeit des Holzes bis zu seinem Ursprungsort erheblich erschwert. Dies ist unter anderem ein Grund, warum die Schätzungen für Regionen hinsichtlich ihres Anteils an illegal eingeschlagenem Holz zwischen einzelnen Studien und Veröffentlichungen stark variieren oder einfach voneinander übernommen werden.

Ein weiteres Hindernis für die Abschätzung illegaler Anteile am Holzeinschlag sind methodische Schwierigkeiten. Häufig wird der Anteil illegaler Hölzer am Gesamtexport eines Landes anhand der Aufkommenslücke kalkuliert, die sich bei der statistischen Gegenüberstellung vom Holzaufkommen und -verwendung ergibt. Dies setzt allerdings voraus, dass die nationalen Statistiken korrekt sind, was aus verschiedenen Gründen, z.B. wegen der Kleinstrukturiertheit des Waldbesitzes oder der Vielzahl der Waldnutzer häufig nicht der Fall ist (Dieter und Kúpker 2006). Meistens wird der tatsächliche Einschlag bei dieser Art der Berechnung unterschätzt. In eine tiefgreifende Analyse müssten darüber hinaus Abweichungen zwischen Angebot und Nachfrage von Holz, Import-Export-Statistiken, Einkommensunterschiede beim Holzverkauf, Veränderungen in nationalen Waldbedeckungen und andere Messzahlen mit einfließen (World Bank 2006), was hier nicht geleistet werden kann.

Anhand von Schätzzahlen aus der Literatur lässt sich feststellen, dass sich die jeweiligen Holz-Exportländer hinsichtlich ihrer Anfälligkeit gegenüber illegalem Holzschlag unterscheiden. In Tabelle 3 sind

die Gesamtimporte aus den wichtigsten Risikoländern mit einem relevanten Anteil an den Holzimporten in Deutschland dargestellt. Länder, die nur vernachlässigbare Mengen Holz nach Deutschland exportieren, sind nicht aufgeführt.

Tabelle 3: Übersicht zu deutschen Holzimporten nach Deutschland aus illegalem Einschlag

	Volumen (r) m ³ (%)		Wert Euro (€) (%)	
Gesamtimport	119.422.000	100	22.823.000	100
Gesamtimport aus Risikoländern	12.203.100	10,2	2.556.376	11,2
Illegaler Anteil an Importen aus Risikoländer	3.178.852	26,0	792.062	29,8
Illegaler Anteil am Gesamtimport	3.178.852	2,7	792.062	3,5

(r) m³ = Kubikmeter Rundholzäquivalente

Den Berechnungen der direkt nach Deutschland führenden Holzeinfuhren zu Folge importierte Deutschland im Jahre 2007 ca. 3 Mio. m³ (r) illegal eingeschlagenes Holz zu einem Gesamtwert von rund 800 Mio. Euro. Gemessen am Gesamtwert an importiertem Holz im Jahre 2007 entspricht dies einem Anteil von knapp 3,5 %. Bezogen auf die Gesamtimportmenge 2007 nimmt damit illegal gehandeltes Holz rund 2,66 % ein. Diese Zahl muss allerdings als sehr konservative Schätzung eingestuft werden. Zieht man neben den fehlenden Angaben für die Elfenbeinküste und die Republik Kongo insbesondere in Betracht, dass rund 50 % der Tropenholzeinfuhren über Drittländer nach Deutschland gelangt und dass russisches Holz oft genauso Umwege über andere Länder nimmt, so ist anzunehmen, dass die Menge an illegal eingeschlagenem Holz sogar doppelt so hoch ist. Dies würde bedeuten, dass eher von ca. 6 Mio. m³ (r) ausgegangen werden muss, was ungefähr einem monetären Wert von jährlich 1,6 Mrd. Euro entspricht. Zur Verdeutlichung der Problematik wird im Folgenden auf die wichtigsten Risikoländer kurz eingegangen.

Tabelle 4: Abschätzung der deutschen Holzimporte* aus illegalem Einschlag nach Risikoländern im Jahre 2007**

Risikoland	Gesamt 1000 Euro	Gesamt (r) m ³	Anteil illegal (%)	Quellen	Summe illegal 1000 Euro	Summe illegal (r) m ³
CHINA	850.890	2.653.639	32	WWF 2002, World Bank 2006	272.285	849.165
BRASILIEN	564.953	4.120.441	21	SCA & WRI 2004, GREENPEACE 2005,	118.640	865.293
RUSSLAND	511.442	3.593.839	15	World Bank 2006	76.716	539.076
INDONESIEN	219.723	645.301	80	GREENPEACE 2006	175.778	516.241
VIETNAM	105.256	258.344	30	World Bank 2006	31.577	77.503
ESTLAND	83.777	401.326	30	WWF 2004	25.133	120.398
MALAYSIA	83.415	191.255	35	EGM & FOE Estonia 2002	29.195	66.939
KAMERUN	39.278	103.131	50	SCA & WRI 2004	19.639	51.565
GHANA	19.237	52.012	60	INDUFOR 2004	11.542	31.207
PHILIPPINEN	17.092	47.043	46	INDUFOR 2004	7.862	21.640
GABUN	16.111	44.534	70	WWF 2004	11.278	31.174
ELFENBEIN-KÜSTE	16.011	59.056	?	INDUFOR 2004	?	?
MYANMAR	15.482	10.785	50	keine Daten verfügbar	?	?
REPUBLIK KONGO	7.030	17.737	?	WWF 2002	7.741	5.393
ECUADOR	6.679	4.655	70	keine Daten verfügbar	?	?
SUMME	2.556.376	12.203.100		WWF 2004	792.062	3.178.852

* Gesamtimporte (beinhalten Roh- und Schnittholz, Halbwaren und Fertigwaren)

** Quellen: Statistisches Bundesamt 2007, eigene Berechnungen nach Dieter und Küpker 2006

(r) m³ = Kubikmeter Rundholzäquivalente

China ist der weltgrößte Sperrholz-Exporteur und wird aller Voraussicht nach auch bald Italien als größten Möbelexporteur ablösen (Greenpeace 2006). Aufgrund des hohen Eigenbedarfs sowie einer stetig wachsenden verarbeitenden Holzindustrie importiert China auch große Mengen an Holz. Mit Malaysia, Indonesien und Russland, die zusammen über 60 % der Importe ausmachen, sind die Hauptimporteur-Länder mit besonders hohen Schätzraten an illegal eingeschlagenem und gehandeltem Holz. China importiert darüber hinaus, wenn auch in vergleichsweise geringen Mengen, hochwertiges Holz aus Deutschland zur Weiterverarbeitung zu Möbeln. Insgesamt werden 70 %

des gesamten importierten Holzes wieder reexportiert (World Bank 2006). Die oben angesprochene Drittländerproblematik kommt bei Chinas Holzimporten nach Deutschland demnach besonders zum Tragen, wodurch eine Abschätzung erheblich erschwert wird, zumal trotz fortwährender Probleme mit illegalem Einschlag die Holzernte im eigenen Land zunehmend kontrolliert und zum Teil dadurch reduziert wird (Greenpeace 2006, SCA & WRI 2004). Die Einschätzung von 32 % illegalem Anteil stammt vom WWF (2002) und deckt sich weitgehend mit der Einschätzung der Weltbank (2006).

Zwei Drittel der gesamten Holzernte kommen in **Brasilien** aus Plantagen (SCA &

WRI 2004), bei denen das Risiko des illegalen Holzeinschlages als sehr gering zu bezeichnen ist (FUE 2004). Für die Holzernten aus dem Amazonasgebiet sind die Schätzungen hinsichtlich des illegalen Einschlages jedoch hoch und liegen laut Greenpeace (2005) zwischen 60 und 80 %. Auf Basis dieser Zahlen wird für die Einfuhr aus Brasilien nach Deutschland angenommen, dass 70 % des nicht auf Plantagen produzierten Holzes illegal eingeschlagen ist, diese aber wie oben beschrieben nur 30 % der Gesamteinfuhr ausmachen. Dies ergibt einen Wert von insgesamt 21 % illegal eingeschlagenes Holz an der Gesamteinfuhr. Die Weltbank schätzt, ohne im Einzelnen die Unterscheidung zwischen Holz aus Plantagen und Holz aus Urwaldregionen vorzunehmen, den Anteil von illegal eingeschlagenem Holz in Brasilien auf bis zu 47% (Worldbank 2006, siehe auch Anhang 3).

Zu **Indonesien** gibt es eine ganze Reihe an Studien und Veröffentlichungen, deren Schätzungen insgesamt gemein ist, dass sie von einem sehr hohen Anteil an illegalem Einschlag ausgehen. Die zitierten 70 - 80 % aus Greenpeace (2006) bzw. World Bank (2006) beziehen massiven Schmuggel von Holz nach Malaysia, China und andere Länder mit ein, der auf 10 Mio. Kubikmeter pro Jahr geschätzt wird (Greenpeace UK 2003). Diese Zahl vergrößert die Schätzung, die auf die Berechnung der Lücke zwischen legalen Holzaufkommen und rechnerischem Holzbedarf zurückgeht und führt so zu den angegebenen 80%.

Der relativ hohe Anteil an illegal geschlagenem Holz von 35 % in **Malaysia** hat seinen Ursprung viel eher im problematischen Handel mit Holz aus anderen Ländern (insbesondere Indonesien) als in der heimischen Produktion selbst. Es wird angenommen, dass der illegale Anteil an der inländischen Holzernte aufgrund von recht starken Kontrollmechanismen durch die Regierung und aufgrund des Umstandes, dass der meiste Wald in Staatsbesitz ist, bei unter 5 % liegt (SCA & WIR 2004).

Russland ist einer der größten Holzproduzenten der Welt. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem damit verbundenen Strukturwandel sind die Holzexporte deutlich angestiegen und ausländische Unternehmen (v.a. aus Fernost) konnten Holzeinschlagsrechte erwerben (Forum Umwelt und Entwicklung 2004). Insgesamt gilt etwa ein Viertel des eingeschlagenen Holzes, das überwiegend für die Zellstoffproduktion und im Bausektor verwendet wird, als illegal (WWF 2004). Allerdings gibt es innerhalb Russlands Unterschiede hinsichtlich des Risikos in Bezug auf illegalen Einschlag. Während im Nordwesten von Russland, aus dem Deutschland überwiegend seine Importe bezieht, rund 10-15 % aus illegalem Holzeinschlag stammen, liegen die Zahlen im Osten des Landes wesentlich höher. Bis zu 50 % der Exporte nach China gelten als illegal (World Bank 2006). Insgesamt importierte Deutschland 2007 rund 3,6 Millionen m³ (r) Holz aus Russland. Weitere Holz mengen kommen in nicht quantifizierbaren Mengen über Schweden und Finnland nach Deutschland. Deshalb wird für diese Studie der Wert von 15 % am oberen Ende des Spektrums der Schätzungen herangezogen.

Im Unterschied zu Tropenhölzern handelt es sich bei Raubbauhölzern aus Russland um „heimische“ Holzarten, also meist um solche, die auch in den Wäldern Mitteleuropas vorkommen, wie zum Beispiel Fichte, Kiefer, Lärche und Birke. Damit konkurriert das illegal aus Russland stammende Holz auf dem deutschen Markt direkt mit dem aus deutschen Forsten geerntetem Holz.

Estland und Lettland stehen bisher nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit in Bezug auf illegalen Holzeinschlag. Allerdings belaufen sich Zahlen, die von NGOs in Estland geschätzt wurden, auf 50 % des Gesamteinschlages (EGM & FOE Estonia 2002). Hintergrund der Vermutung ist eine starke Privatisierungswelle von staatlichen Waldgebieten Mitte der neunziger Jahre,

die zu einer Zersplitterung der Waldgebiete auf viele Eigentümer geführt hat, wodurch Kontrollen leicht umgangen werden können. Auch wenn die 50 % von WWF International (2002) gestützt werden, wird hier von einem geringeren Anteil (30 %) ausgegangen, da sich bestimmte Kriterien (z.B. Steuervergehen), die in die Abschätzungen einbezogen wurden, nicht mit der Definition, wie sie in dieser Studie verwendet wird (siehe Einführung), übereinstimmen und entsprechend herausgerechnet wurden (siehe in EGM & FOE Estonia 2002).

Für die meisten **afrikanischen Staaten** wird der illegale Holzeinschlag in allen verfügbaren Quellen recht hoch eingeschätzt. Der INDUFOR-Bericht erschien als seriöseste Quelle für die meisten Länder, weil neben der Zitierung bereits vorhandener Studien (meist von Seiten internationaler NGOs) eigene Interviews mit Experten und Stakeholdern durchgeführt wurden, um die Zahlen zumindest annähernd zu verifizieren.

3.4. Ökonomische Auswirkungen des illegalen Holzhandels

Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind die globalen Folgen des illegalen Holzhandels sehr vielfältig und können katastrophale Ausmaße für Landnutzer, Regionen und natürliche Ressourcen annehmen. Die Weltbank schätzt die jährlichen Vermögens- und Einnahmeverluste durch illegalen Holzeinschlag allein für öffentliche Ländereien auf 10 Mrd. US\$. Weitere 5 Mrd. US\$ gehen laut Schätzungen durch illegal gehandeltes Holz an nicht eingenommenen Steuern und Lizenzgebühren verloren (Worldbank 2006). Insbesondere arme Bevölkerungsschichten leiden unter unkontrollierten Holzeinschlägen, wenn ihnen dadurch wertvolle Ressourcen und Lebensräume genommen werden. Die Degradation von Waldflächen hat zudem negative Folgen für lebensnotwendige Ökosystemfunktionen wie Wasserzufuhr,

Biodiversität und mikroklimatische Regulierung.

Für Holzunternehmen, die sich an Regeln und Konzessionen halten, entstehen wirtschaftliche Schäden durch illegales Holz, das zu Dumpingpreisen auf den Markt gebracht wird und damit die internationalen Preise drückt. In einer Analyse für den US-Markt wurde geschätzt, dass die Preise für einheimisches Holz zwischen zwei und vier Prozent höher wären, wenn illegales Holz vom Markt verschwinden würde (SCA & WRI 2004).

Im Folgenden werden basierend auf den geführten Experteninterviews die Schäden diskutiert, die der deutschen Holz- und Forstwirtschaft aufgrund des internationalen Handels mit illegalem Holz entstehen. Es hat sich gezeigt, dass genaue Quantifizierungen kaum möglich sind. Weder die Marktteilnehmer selbst noch die Beobachter der Branche waren in der Lage, die betriebswirtschaftlichen Schäden, die der Forstwirtschaft und dem Holzhandel durch illegale Holzimporte entstehen, mit konkreten Zahlen zu belegen. Aufbauend auf den Erfahrungen der Gesprächsteilnehmer ergibt sich vielmehr ein Bild, *wie* die Schäden für die Branche zu Stande kommen und als wie relevant sie von den einzelnen Wirtschaftsakteuren erachtet werden. Ein Überblick über die Ergebnisse der Befragung befindet sich in Tab. 5. Im Folgenden werden die einzelnen Sachverhalte näher ausgeführt.

Tabelle 5: Ursachen für Schäden der Holz- und Forstwirtschaft durch illegalen Holzhandel

Einflussfaktor	Betroffene	Art des Schadens	Anmerkungen
Preisdruck bei Importen	Holzwirtschaft	Wettbewerbsnachteil	Zwiespältig, weil Holzwirtschaft auch von niedrigen Preisen profitiert
Imageschäden	Holzaußenhandel, Groß- und Einzelhandel	Umsatzverlust: geschätzte 5-10% ⁵ → 0,5 bis 1 Mrd. Euro /Jahr	Besonders betroffen: Z.B. Gartenmöbel, Fensterrahmen
Verknappung durch nicht-nachhaltige Nutzung	Holzwirtschaft, Einzelhandel, Verbraucher	Lieferproblem, Anstieg der Verbraucherpreise	Absatzprobleme bei bestimmten Produktgruppen aufgrund höherer Preise
Qualitätsverlust	Verbraucher, Einzelhandel	Unnötig hohe Verbraucherpreise, Substitutionseffekte auf Grund von Vertrauensverlust beim Verbraucher	Ggf. Abwenden von Hochqualitätsprodukten aus Holz. Schwer umkehrbarer Trend, wenn erst einmal begonnen
Verlust internationaler Absatzmärkte	Forstwirtschaft	Wettbewerbsnachteil bei Exporten und Absatzverluste im Inland	

3.4.1. Die Folgen illegalen Handels für die Holzwirtschaft

Die deutsche und europäische Holzwirtschaft ist auf der einen Seite vielfach negativ vom illegalen Holzhandel betroffen, zum anderen profitiert sie aber auch durch die niedrigeren Preise für Holz aus Risikoländern. Wichtig ist dabei, dass Gewinne durch illegalen Holzhandel zumeist nur durch einige wenige Akteure realisiert werden, während die Schäden, die durch Preisdumping oder Imagekampagnen entstehen, die gesamte Branche treffen.

Manche Akteure gaben an, dass in der Branche sehr häufig Unklarheit herrscht, aus welchen Quellen das Holz tatsächlich nach Deutschland kommt. Die vollständige Rückverfolgbarkeit sei quasi unmöglich und teilweise auch nicht erwünscht, schützt diese Intransparenz doch vor Aufdeckung weiterer Fälle illegalen Imports, die sich zunehmend negativ auf das ohne-

hin angeschlagene Image der Branche auswirken würde.

Internationaler Preisdruck durch die Verwendung illegaler Hölzer

Der Anreiz, illegal Holz einzuschlagen und dieses auf internationalen Märkten zu handeln, beruht in erster Linie auf den deutlich geringeren Kosten illegalen Holzes im Vergleich zu Holz aus staatlich registrierten und kontrollierten Quellen. Dabei schädigt der illegale Holzimport vor allem die Produzenten in den tropischen Wäldern, die nach den Grundsätzen des Arbeitsrechts, des Steuer- und Abgabenrechts sowie des Forstrechts arbeiten. Ihnen entstehen weitaus höhere Produktionskosten, die sie bei einem unfairen Wettbewerb gegen illegale Produktion nicht mit einem angemessenen Gewinn umsetzen können. Der Preis von illegal gehandeltem Holz kann bis zu 50 % nied-

⁵ Mündliche Mitteilung eines Interviewpartners.

riger liegen als bei Holz, bei dem z.B. durch Zertifizierung die Legalität sichergestellt ist (mdl. A. v. Kreveld 2008). Die Wettbewerbswirkung dieser Preisunterschiede wird umso deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass sich im Einzelhandel schon Preisunterschiede von drei bis fünf Prozent gravierend auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken und zu Substitutionseffekten führen können. Die Preisdiskrepanz erzeugt auf der einen Seite einen hohen Anreiz, illegales Holz auf den Markt zu bringen und auf der anderen Seite die hohe Bereitschaft, illegales Holz abzunehmen und weiter zu verkaufen. Letztendlich bedeutet dies für viele Unternehmen, die mit tropischen Hölzern handeln, dass sie aufgrund des hohen Preisdruckes für ihr wirtschaftliches Überleben so lange illegale Holzquellen nutzen (müssen), wie es illegales Holz auf dem internationalen Markt gibt.

Imageschäden

Der durch die Aufdeckung illegaler Holzimporte entstehende Imageschaden beeinträchtigt das Geschäft der Holzbranche im Allgemeinen. Die Verbraucher werden skeptisch und verlangen beim Kauf von Holz beispielsweise eine Garantie, dass hierfür kein Regenwald gerodet wurde. In manchen Fällen nimmt durch das Misstrauen die Nachfrage nach Holzprodukten insgesamt ab und die Verbraucher steigen auf alternative Materialien um, zum Beispiel auf Gartenmöbel aus Kunststoff anstatt aus Holz. Laut einer Schätzung entstehen der Holzwirtschaft durch die steigende Skepsis der Verbraucher aufgrund der zahlreichen öffentlichen Kampagnen durch Umweltorganisationen Umsatzeinbußen zwischen fünf und zehn Prozent, bei besonders sensiblen Produktgruppen möglicherweise noch mehr (mdl. A. v. Möller 2008). Bei einem Gesamtumsatz von 10,3 Mrd. Euro (GD Holz 2008) würde gemäß der Schätzung dem Holzgroß-, Holzeinzel- und Holzaußenhandel ein jährlicher Verlust von einer halben bis zu einer Milliarde Euro entstehen. Trotz dieser

nicht zu unterschätzenden Wirkung, die von den Aufdeckungs- und Öffentlichkeitskampagnen ausgeht, stehen der Holzhandel und die Holzwirtschaftsunternehmen dem Verbraucher weniger nah als beispielsweise die Baumärkte. Dadurch sind direkte betriebsbedingte Einbußen eher selten. Insofern entsteht der Schaden eher auf indirekte Art, wenn Bau- und Möbelmärkte in bestimmten Fällen weniger Holz verkaufen und damit den Holzhändlern weniger Ware abnehmen.

Drei befragte Vertreter von Bau- und Möbelmärkten, die in ihrem Sortiment vorwiegend nach dem Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziertes Holz anbieten, bestätigten, dass Imageschäden neben Preisunterschieden zu Konkurrenzanbietern das Hauptproblem des illegalen Holzhandels sind. Keiner der Befragten konnte jedoch die Höhe des Schadens genau benennen.

Rohstoffknappheit bei gleichzeitigem Qualitätsverlust

Bei einigen tropischen Holzarten ist die Rohstoffbasis durch nicht nachhaltige Bewirtschaftungsweise und illegalen Raubbau instabil oder sogar versiegt. Dies führt immer häufiger zu Lieferengpässen bei bestimmten Produktgruppen (wie z.B. Fensterrahmen oder Gartenmöbel), deren Preise als Folge ansteigen, während gleichzeitig die Qualität sinkt. Dieser Trend wirkt insofern dem Preisverfall durch illegal gehandeltes Holz entgegen. Beide Entwicklungen haben jedoch problematische Auswirkungen auf den Holzmarkt, da sie die Holzpreise destabilisieren und damit die Planungssicherheit von Holzverarbeitenden und mit Holz handelnden Betrieben mitunter erheblich einschränken.

Das Problem des Raubbaus traditioneller Tropenhölzer und deren damit verbundenen Verknappung auf dem Holzmarkt nimmt in den letzten Jahren stark zu (mdl. U. Malessa 2008). Unter dem Druck, die Nachfrage nach qualitativ hochwertigem

Tropenholz zu gewohnten Preisen befriedigen zu müssen, wird zunehmend auf Holzarten ausgewichen, die mit „**Wundernamen**“ wie z.B. „White Teak“ zwar an das Ursprungsholz erinnern sollen, in der Regel aber eine viel geringere Qualität aufweisen. Der wirtschaftliche Schaden für die Holzbranche entsteht spätestens dann, wenn dies zu einer breiten Verwirrung bei den Verbrauchern führt und das Vertrauen in die Qualität von Tropenholz verloren geht. Als Folge kann es zu Substitutionseffekten kommen, wenn sich Kunden auf Grund langer Wartezeiten oder schlechter Erfahrung mit der Qualität des Holzes für alternative Materialien wie beispielsweise Kunststoff entscheiden. Insgesamt muss dieses Problem aber eher als ein schleichender Prozess verstanden werden als ein akuter Schaden für die Holzbranche.

Box 1: Akute Verknappung der Tropenholzart Meranti bei Fensterrahmen 2006

Im Jahre 2006 kam es kurzfristig zu einer starken Verknappung des Tropenholzes Meranti. Daraufhin stieg in diesem Jahr der Preis um bis zu 77% an (*Shorea spp.*). Ein Versorgungsengpass am deutschen Holzfenstermarkt war die Folge. Die angespannte Marktlage führte dazu, dass verschiedene Austauschhölzer für Meranti auf den Markt kamen, die sich für den Fensterbau sehr viel schlechter eignen. Zwischenzeitlich wurden sogar große Mengen einer **anderen Holzart** (*Durian, Durio spp.*) fälschlicherweise als "Meranti" deklariert und auf den Markt gebracht. Bei „normalen“ Meranti-Lieferungen bestand darüber hinaus das Problem, dass z. T. andere Hölzer **beigemischt** wurden (vgl. VFF 2006).

Anpassungskosten des Holzhandels

Das Bewusstsein für die Problematik des illegalen Holzhandels ist bei den Marktak-

teuren im Holzhandel mittlerweile gestiegen. Laut Aussagen einiger Befragten setzen sich abgesehen von einigen „schwarzen Schafen“ die meisten Händler aktiv dafür ein, dass der ungewollte Ankauf von illegal geschlagenem Holz grundsätzlich ausgeschlossen ist, v. a. um Imageschäden zu vermeiden. Entsprechend kommen im Holzhandel und bei Bau- und Möbelmärkten Vermeidungsstrategien zum Einsatz, die durch einen erhöhten Verwaltungsaufwand reale betriebswirtschaftliche Kosten erzeugen. Anders als bei den beschriebenen Substitutionseffekten, deren Verluste in einem Unternehmen oder einer Branche durch zusätzliche Einnahmen in einer anderen Branche ausgeglichen werden, sind diese Kosten volkswirtschaftlich relevant, wenn sie zur Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens führen und mit Umsatzrückgängen und Entlassungen einhergehen.

In der Regel reagiert der Holzhandel mit der Änderung des Einfuhrsortiments. Kritische tropische Hölzer wie Merbau, Teak, Bangkirai und weitere werden durch andere als weniger „unsicher“ geltende Holzarten ersetzt. Teilweise wird auch versucht, Holz verstärkt aus Regionen zu beziehen, in denen der geschätzte Anteil an illegal eingeschlagenem Holz niedriger liegt als beispielsweise in Indonesien, wo einige Zahlen bis zu 90 % reichen. Dieser Strategie geht häufig ein umfangreiches Risikomanagement voraus, das in der Branche mit der Zunahme der öffentlichen Problemwahrnehmung an Bedeutung gewinnt. So versicherten mehrere Interviewpartner, dass die Sensibilität des Holzhandels gegenüber illegalem Holzeinschlag insbesondere in den letzten sechs bis zwölf Monaten erheblich gestiegen sei (z.B. mdl. V. Schreitter 2008). Besonders weitreichend ist die Strategie des Baumarktes Hornbach: Das Unternehmen kauft nur Holz aus Regionen an, die von NGOs wie Greenpeace oder dem WWF als „risikoarm“ in Bezug auf illegales Holz eingestuft werden. Holz, dessen Ursprung unbekannt oder unsicher ist, lehnt der

Baumarkt generell ab, wobei für alle Länder außerhalb der EU nur das FSC-Siegel als gültiger Herkunftsnachweis anerkannt wird.⁶

Die Zahl der Betriebe, die sich durch zertifiziertes Holz absichern, nimmt stetig zu. (FSC 2008) Alle Interviewpartner benannten den FSC als eine Möglichkeit, mit Hilfe eines Siegels die Glaubwürdigkeit in Bezug auf die Legalität der Holzeinfuhr als auch hinsichtlich der ökologischen Nachhaltigkeit der Holzproduktion sicherzustellen und dem Kunden gegenüber zu kommunizieren. Problematisch sei hingegen die Aufweichung des Siegels in so genannte „Mixed Products“, bei denen Produkte, die nur zu einem bestimmten Volumen- oder Gewichtsanteil zertifiziertes Holz beinhalten, ein FSC-Label tragen können. Dies sei dem Kunden gegenüber schwer zu vermitteln und trage nicht zur Glaubwürdigkeit des Siegels bei.

3.4.2. Die Folgen illegalen Handels für die deutsche Forstwirtschaft

Die Forstwirtschaft ist aufgrund ihrer zwangsläufig langfristig ausgelegten Wirtschaftsstrategien auf stabile Geschäftsbeziehungen zu Holzabnehmern angewiesen. Preisschwankungen auf dem Binnenholzmarkt haben in den letzten Jahren wegen des vermehrten Auftretens von Sturmereignissen und den damit verbundenen Angebotsschwankungen stark zugenommen. Damit verbundene Geschäftseinbrüche können nur dann hinrei-

chend korrigiert werden, wenn auf bewährte, langfristig ausgelegte Geschäftsbeziehungen und weitgehend stabile Preise zurückgegriffen werden kann. Holz, das auf illegalen Wegen auf den Holzmarkt gelangt, kann bis zu 30–50% billiger sein als Holz, welches die gesetzlichen Anforderungen erfüllt. Speziell im Nadelholzbereich sind Holzhändler vielfach versucht, auf billiges Holz aus Russland auszuweichen und damit die heimische Forstwirtschaft zu vernachlässigen. Neben den dadurch direkt entstehenden Absatzverlusten für die deutsche Holzproduktion ist der generell entstehende Vertrauensverlust zur Holzverarbeitenden Industrie ein weiterer, wenn auch weicher Faktor, der sich langfristig negativ auf die Umsätze niederschlagen kann.

Ein spezielles Problem für die heimische Forstwirtschaft stellen Betrügereien durch die illegale Verwendung von Zertifikaten dar. Der damit verbundene Vertrauensverlust beim Verbraucher, wie er beispielsweise beim FSC-Siegel auftritt, wenn Umweltorganisationen Negativbeispiele öffentlich machen, kann zu einem Rückgang der Nachfrage nach FSC-zertifiziertem Holz und zu niedrigeren Verkaufspreisen führen.

Zudem ist es denkbar, dass der Export von hochwertigem Holz aus der deutschen Forstwirtschaft zum Verbrauch oder zur weiteren Veredelung nach China und in andere Länder ansteigen könnte, wenn die Abnehmerländer nicht so einfach in der Lage wären, sich fortwährend billigeres, weil illegales Tropenholz zu beschaffen. Auf Grund mangelnder Daten ist es allerdings in diesem Fall sehr schwierig, die Vermutung durch belastbare Zahlen zu erhärten.

⁶ Dies macht deutlich, dass illegaler Holzhandel vor allem auch ein Problem der lokalen Holzwirtschaft der jeweiligen Länder ist. Das Risikomanagement der Käufer kann zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen in den als „risikoreich“ identifizierten Ursprungsländern führen. Auf Grund des Generalverdachts der Illegalität kann es für die gesamte Holzproduktion – einschließlich des legal geschlagenen Holzes – zu Absatzproblemen kommen. Die Schäden in den Ursprungsländern sind jedoch nicht Gegenstand dieser Untersuchung.

4. Kurze Übersicht über die Positionen aus Wirtschaft, Politik und von Nichtregierungsorganisationen

Trotz der Einigkeit über das Ziel, illegale Holzimporte bekämpfen zu wollen, besteht zwischen NGOs und der Industrie zum Teil erheblicher Dissens über den richtigen Weg zum Ziel. Die Umweltverbände, insbesondere Greenpeace und der WWF, fordern, dass die Einfuhr und der Besitz von illegalem Holz per Gesetz verboten und eine verpflichtende Herkunftsdeklaration für Holzimporte nach Vorbild des FSC-Systems eingeführt wird. Industrieverbände wie der Gesamtverband Deutscher Holzhandel (GD Holz) oder der europäische Dachverband FEBO (Environmental Timber Trade Association) setzen sich stattdessen für eine Vielfalt der Zertifizierungssysteme ein und dringen auf kosteneffiziente Lösungen. So unterstützen die Verbände neben dem FSC auch das PEFC-Zertifikat (Programme for the Endorsement of Forest Certification), das auf einer freiwilligen Selbstverpflichtung der Waldbesitzer, die Nachhaltigkeitsstandards des Programms einzuhalten, beruht.

Die Interviewpartner sprachen sich mehrheitlich für eine aktive Rolle der Politik aus, während freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie kritisch gesehen wurden. Alle Gesprächspartner begrüßten die zunehmende Verbreitung von Zertifizierung und forderten zum Teil, durch staatliche Regulierung alle Marktteilnehmer zur Transparenz zu verpflichten. Konkret wurde mehrfach die Einführung eines obligatorischen Herkunftsnachweises genannt, wobei dieser auch bei Halb- und Fertigwaren noch Auskunft über den Ursprung des Rohholzes geben müsse. Eine Umstellung des öffentlichen Beschaffungswesens auf FSC-zertifiziertes Holz wurde ebenfalls

vorgeschlagen, und mehrere Gesprächspartner drängten auf ein schnelles Vorschreiten des FLEGT-Prozesses.

Das Stimmungsbild der hier interviewten Experten sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass innerhalb der Holz- und Forstwirtschaft erheblicher Widerstand gegen nationale und europäische Regulierung von Holzimporten besteht. Weitverbreitete Skepsis führt dazu, dass viele Holzhändler und Forstwirte Interviews für eine Untersuchung wie diese grundsätzlich verweigern, so dass nur ein Ausschnitt der existierenden Positionen abgebildet werden kann.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Den Berechnungen dieser Studie zu Folge importiert Deutschland pro Jahr Holz in einem Gesamtwert von rund 800 Mio. Euro aus illegalen Quellen. Da schätzungsweise zusätzlich noch einmal dieselbe Menge illegal eingeschlagenes Holz über Drittländer importiert wird, dürfte der Gesamtwert faktisch rund 1,6 Mrd. Euro betragen. Die Menge des entsprechenden Holzes wurde für das Jahr 2007 auf knapp 3,2 Mio. m³ Rundholzäquivalent (r) (bzw. auf ca. 6 Mio m³ (r)) berechnet. Das entspricht einem Anteil an der gesamten Holzeinfuhr nach Deutschland von knapp 2,7 (bzw. 5,4) %. Das illegal geschlagene und gehandelte Holz stammt in erster Linie aus Russland und China und aus zahlreichen tropischen Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die Analyse hat gezeigt, dass der illegale Handel neben ökologischen und sozialen Schäden, die in den Ausfuhrländern entstehen, auch der deutschen Holzbranche schadet. Allein die mit dem illegalen Holzhandel verbundenen Imageschäden und Vertrauensverluste beim Verbraucher führen laut einer Schätzung zu einem jährlichen Umsatzverlust in der Holzwirtschaft von einer halben bis einer Milliarde Euro. Darüber hinaus wird mit der Unterstützung illegaler Einschläge die Rohstoffbasis für am Markt etablierte (Tropen-) Hölzer gefährdet. Die damit verbundenen zum Teil erheblichen Preisschwankungen können zu Lieferengpässen bei der Industrie und zur Verunsicherung beim Verbraucher führen.

Insgesamt handelt es sich bei den ökonomischen Schäden insbesondere um „weiche“ Faktoren, die eine vollständige Erfassung schwierig gestalten. Die entstehenden Kosten machen sich zwar zunehmend in der gesamten Branche bemerkbar, sie werden allerdings in einzelnen Betrieben kaum wahrgenommen oder nur unzureichend von anderen Markteinflüssen abgegrenzt.

Aufgrund des schleichenden Prozesses des Imageverlustes und der Gefährdung der Rohstoffbasis ist es für Betriebe des Holzhandels aus rein ökonomischer Sicht geboten, die Legalität und Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung nachzuweisen und Holz aus unsicheren Quellen gar nicht mehr zu beziehen, auch wenn dadurch zunächst höhere Kosten entstehen. Hierfür ist ein umfangreiches Risikomanagement notwendig, dessen Unterlassung sich aus den genannten Gründen langfristig als ökonomisch unvernünftig herausstellen und der gesamten Branche schaden könnte.

Neben der immer noch unzureichenden Problemwahrnehmung innerhalb der Holz- und Forstwirtschaft in Deutschland ist der Mangel an verlässlichen Daten über die Herkunft und den Legalitätsstatus von Holzeinfuhren nach Deutschland ein zentrales Problem für die Bekämpfung des illegalen Holzhandels. Hinzu kommt, dass Halb- und Fertigwaren aus Holz nach geltender Rechtslage bisher nicht mit einem Hinweis auf den ursprünglichen Herkunftsort des Rohholzes gekennzeichnet werden müssen.

Transparenz ist deshalb ein wichtiger erster Schritt zur Eindämmung der Holzimporte aus illegalen Quellen. Es empfiehlt sich, auf nationaler oder auf EU-Ebene einen verpflichtenden Herkunftsnachweis für Holzwaren und Holzfertigprodukte einzuführen. Der FSC stellt ein Modell für ein solches Nachweissystem dar, das die gesamte Produktionskette zurückverfolgt und daher in weitem Umfang Verlässlichkeit bietet. Allerdings werden sich Unregelmäßigkeiten wie etwa die Fälschung von Papieren angesichts der mangelhaften Rechtsstaatlichkeit in vielen Exportstaaten, kaum – oder nur unter Aufwand enormer Kosten – vollständig ausschließen lassen können. Eine weitere Option könnte deshalb die seit kurzem diskutierte Rückverfolgung von Hölzern mittels chemischer oder genetischer Methoden sein. Auf einem Workshop des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und

Verbraucherschutz (BMELV) und des WWF im Oktober 2007 kristallisierten sich zwei Methoden der Herkunftsidentifizierung heraus, die vor der Anwendungsreife stehen: Zum einen der Einsatz von Gen-Markern, bei der anhand der DNA genaue räumliche Zuordnungen von Hölzern möglich sind, und zum anderen die Analyse unterschiedlicher Isotope von Elementen im Holz, insbesondere von Sauerstoff, Wasserstoff, Schwefel und Stickstoff.

Selbst wenn aus Kostengründen nur stichprobenartige Überprüfungen möglich wären, könnten solche Verfahren eine erhebliche Abschreckungswirkung bei den illegal operierenden Händlern zur Folge haben. Wenn eine entsprechende Herkunftskennzeichnung international verbindlich würde, könnte zudem der Industrie die Angst vor Wettbewerbsverzerrung durch hohe Kontrollkosten genommen werden.

Ein fälschungssicheres Kontrollsystem kann auch die Durchsetzung eines gesetzlichen Handels- und Besitzverbotes erleichtern, das von einigen Umwelt-NGOs (z.B. Greenpeace) seit Jahren gefordert wird. Vorausgehen müsste eine Einigung auf eine praktikable Definition für illegales Holz. Außerdem bliebe zu klären, wie sich eine solche Handelsbeschränkung auf den Fortgang des FLEGT-Prozesses auswirken würde. In der Konsultation der europäischen Kommission hatten einige der Interessensvertreter die Sorge geäußert, dass die Vorbereitung eines solchen Gesetzesvorhabens den FLEGT-Prozess untergraben könnte, weil die Bereitschaft der Partnerländer, sich an dem Prozess zu beteiligen, möglicherweise weiter sinken würde. Auf der anderen Seite könnte ein entsprechender Vorstoß auch die ins Stocken gekommenen Partnerschaftsverhandlungen (VPAs) mit außereuropäischen Exportländern beleben. Schließlich müssten mögliche Konflikte des Handels- und Besitzverbots mit dem Welthandelsrecht frühzeitig identifiziert und bei der Ausarbeitung des Gesetzes berücksichtigt werden.

Schließlich bietet das öffentliche Beschaffungswesen darüber hinaus Möglichkeiten zur Bekämpfung illegaler Holzimporte. Mehrere Regierungen, darunter die Niederlande und die Schweiz, haben in den Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens festgelegt, dass nur noch FSC-zertifiziertes Holz bei öffentlicher Vergabe von Aufträgen verwendet werden darf.

6. Executive Summary

Illegal logging has multiple negative consequences. Some impacts are global in nature such as the rapid biodiversity loss and greenhouse gas emissions from deforestation while others mainly occur in the timber-exporting countries. This study focuses on an issue which so far has received much less attention: It explores the economic damages which result from illegal produced wood in importing states, using the German forestry and timber sector as a case study. Based on eleven expert interviews, a review of relevant literature and calculations, the paper describes and – wherever possible – quantifies the economic damage for the German timber producers, wholesalers and DIY markets.

Data on the illegal timber trade are notoriously uncertain. Therefore, this study uses estimates given by independent international institutions such as the World Bank, World Resources Institute, Indufor, WWF and Greenpeace on the share of illegal timber in the total timber production of the relevant exporting countries. Each estimate has been chosen based on how recent and reliable the source appeared after cross-check with other sources, and we have privileged data which has been collected independently rather than taken over from other sources. Results differ widely between the various export countries: While the illegal proportion of total production is assumed to be about 21 % in Brazil and 32 % in China, estimates for Gabon or Indonesia go up to 70 and 80 %, respectively.

Calculations of illegal timber volumes entering into Germany are further complicated by the fact that processing and re-exportation by third parties is not accounted for in import statistics, and thus often obscures the raw wood's actual origin. Another challenge is posed by illegal timber which, once marketed in one of the twenty six other EU member states, can be traded and sold onto the German market

without any further controls. Transit countries for tropical timber from Indonesia for example include Malaysia, China, Vietnam but also EU member states like France.

Based on the best available estimations for each of Germany's direct trading partners, the study finds that approximately 3.2 million m³ (roundwood-equivalent) of illegal wood products are imported into Germany every year, which represents a monetary value of approximately 800 million Euro. Bearing in mind that about 50 % of the imports reach Germany over third countries, these numbers can even be twice as high accounting for 6.4 million m³ (roundwood-equivalent) and a value of 1.6 billion Euro. Illegally sourced timber mainly comes from Russia, China and various tropical countries in Asia, Africa and Latin America.

In regard to economic damages for the German timber-related industry, the analysis clearly shows that illegal logging does have negative impacts on the concerned business as a whole even though quantification is challenging and in many cases impossible. According to estimations, the German timber industry loses between 0.5 and 1 billion Euro worth of turn-over as a result of reputation problems due to illegal logging scandals and subsequent loss of consumer confidence. The second problem is price dumping, resulting in shrinking margins for legally operating wholesalers and reduced prices for nationally grown timber. Finally, evidence suggests that supply disruption is another emerging issue which will gain in importance in the future. Owing to illegal and therefore often unsustainable harvesting shortages of certain tropical timber species begin to arise. As a consequence, quality of timber products decreases which then leads to confusion of consumers and, in some cases, to substitution of timber by other materials such as plastics.

Awareness of the above described problems is rising in the industry. But, at the moment, the consequences of illegal tim-

ber imports appear as “soft” factors which single companies cannot express in form of concrete economic costs.

The use of Chain of Custody tracking systems and wood certification can help eliminate illegal timber from the market and promote sustainable use of timber resources at a global level. It will ensure the economic viability of the forestry sector in the long term and reduce indirect costs caused by climate change and forest ecosystem destruction.

Many companies, especially chain furniture stores and DIY markets, have already introduced risk management systems, often based on certification schemes such as FSC to guarantee their timber’s legal and sustainable origin. These companies have made the choice to invest in ethical and ecologically sustainable practices in order to preserve their reputation and to contribute to a sustainable use of timber resources which is an essential condition for long-term stable and sustainable markets. However, the competitiveness of responsible forest owners and forest-based companies is eroded by those companies which trade with illegal wood in search of short-term profits. As a consequence the economic viability of responsibly operating companies is threatened, thereby creating a disincentive for investment in sustainable forest management.

On a general level, the study underscores that an economic argument for effective measures against illegal logging can be made – not only with respect to forest nations which suffer internally from illegal logging but also from the perspective of the timber industry in importing countries. A central problem is the lack of reliable information on timber products’ origin and legality status. Legislation to make identification compulsory would therefore increase transparency and ensure a level playing field for companies which operate legally. The FSC provides a role model for such a certification scheme since it allows full custody chain tracking, the basis for reliable control of origin. An alternative or

additional measure could arise from new scientific methods that enable authorities to trace the origin of wood on the basis of chemical or genetic markers in the wood. Even if cost concerns allow only selective sample tests, the possibility of testing could have deterring effects on traders.

A fraud-proof control system would also improve the chances for enforcement of more stringent legislation. Several environmental NGOs, including Greenpeace, call for a European import ban on illegal timber. As a prerequisite, policy-makers would have to agree on a workable definition of legality and reflect on the potential impacts of an import ban on the ongoing FLEGT process.

For a meaningful approach to combat illegal logging European and German policies have to increase their effort to reward respectable progressive companies consolidating and spreading their good practices through stricter legislation.

7. Literatur

- AGEG Consultants eG und INDUFOR (2007). Workshop on Additional Measures to Prevent Importation of Illegal Timber and Wood Products to the European Union, Oktober 2007
- BMELV und WWF (2007). Mit wissenschaftlichen Methoden gegen den illegalen Holzeinschlag. Wissenschaftlicher Workshop mit internationaler Besetzung beriet Methoden zur Identifizierung der Holzherkunft. Königswinter, Oktober 2007, abrufbar unter: http://www.bmelv.de/cln_044/nn_753662/SharedDocs/downloads/06-Forstwirtschaft/ZusammenfassungWorkshopIllegalerHolzeinschlag.html
- Bundesamt für Naturschutz (BfN) Homepage (2008), abrufbar unter: http://www.bfn.de/0305_cites.html [14. Feb. 2008]
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2007), Holzmarktbericht 2-2006, im Internet abrufbar unter: http://www.bmelv.de/cln_045/nn_753674/DE/06-Forstwirtschaft/Holzmarkt/Holzmarktbericht2-2006.html_nnn=true [10. März 2008]
- Bundesministerium für Umweltschutz (BMU) Website (2008), im Internet abrufbar unter: <http://www.naturallianz.de/un-naturschutzkonferenz.html> [19. Feb. 2008]
- CBD (2002). COP 6 Decision VI/22 on Forest Biological Diversity
- CBD (2004). COP 7 Decision VII/28 on Protected Areas
- CBD (2006). COP 8 Decision VIII/15 on Framework for monitoring implementation of the achievement of the 2010 target and integration of targets into the thematic programmes of work
- Chen, H. K. (2006). The Role of CITES in Combating Illegal Logging: Current and Potential. TRAFFIC Malaysia and PROFOR World Bank
- Deutscher Bundestag (2006). Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (Urwaldschutzgesetz). Drucksache 16/2880.
- Dieter, M. & M. Küpker (2006): Die Tropenholzeinfuhr der Bundesrepublik Deutschland 1960 – 2005 - insgesamt und aus geschätzten illegalen Holzeinschlägen. Arbeitsbericht. Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft und Zentrum Holzwirtschaft, Universität Hamburg.
- Dieter, M. (2007). Holzbilanzen 2005 und 2006 für die Bundesrepublik Deutschland. Arbeitsbericht. Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft und Zentrum Holzwirtschaft, Universität Hamburg
- Dieter, M. (2006). Holzbilanzen 2004 und 2005 für die Bundesrepublik Deutschland. Arbeitsbericht. Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft und Zentrum Holzwirtschaft, Universität Hamburg
- DNR (2007), German NGO Forum on Environment and Development, im Internet abrufbar unter: <http://www.biodiv-network.de/upload/papers/positions-piere/Positions.Schutz.klein.pdf> [13. Feb. 2008]
- Dutschke, M. and R. Wolf (2007), Reducing emissions from deforestation in developing countries. The way forward. GTZ
- EGM & FOE Estonia (Estonian Green Movement and Friends of the Earth Estonia) (2002): Leaflet to "Estimation of the capacity of Estonian illegal forestry activities." http://www.roheline.ee/forest/illegal_leaflet.pdf 15. März 2008]
- Europäische Kommission (2003). Mitteilung vom 21. Mai 2003. Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor (FLEGT) - Vorschlag für einen EU-Aktionsplan. KOM(2003) 251 endg.
- Europäische Kommission (2007). Public consultation on additional options to combat illegal logging. Analysis and Report
- Europäischer Rat (2006). Verordnung (EG) Nr. 2173/2005 des Rates vom 20. Dezember 2005 zur Einrichtung eines FLEGT-Genehmigungssystems für Holzeinfuhren in die Europäische Gemeinschaft
- Forum Umwelt und Entwicklung (2004): Illegaler Holzhandel. Raubbau statt Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. Bonn.
- Forum Umwelt und Entwicklung (2006). Plattformpapier der Positionssammlung vom 26. Oktober 2006, im Internet abrufbar unter: <http://www.biodiv-network.de/upload/papers/positions-piere/plattformpapier.pdf> [19. Feb. 2008]
- FSC, Forest Stewardship Council (2008): Zahlen zum FSC. <http://www.fsc-deutschland.de/infocenter/ininfo.htm> [24. Mai 2008]

- Gesamtverband Deutscher Holzhandel (2008): Der Verband. Internetseite des GD Holz unter <http://www.holzhandel.de/DerVerband1.cfm> [24. Mai 2008]
- Globe (2008). G8 Illegal Logging Dialogue, abrufbar unter: <http://www.globeinternational.org/content.php?id=3:0:0:0> [14. Feb. 2008]
- Greenpeace (2006): Sharing the blame. Global Consumption and China's Role in Ancient Forest Destruction. <http://www.greenpeace.org/raw/content/international/press/reports/sharing-the-blame.pdf> [27. März 2008]
- Greenpeace (2005): An Amazon Tree Saga. From the Forest to the Market. <http://www.greenpeace.org/raw/content/international/press/reports/the-amazon-tree-saga-from-the.pdf> [27. März 2008]
- Greenpeace UK (2003): Partners in Crime: The UK timber trade, Chinese sweatshops and Malaysian robber barons in Papua New Guinea's rainforests. <http://www.greenpeace.org.uk/MultimediaFiles/Live/FullReport/7251.pdf> [27. März 2008]
- Griffiths, T. (2007), Seeing 'RED'? 'Avoided deforestation' and the rights of indigenous peoples and local communities. Forest Peoples Programme: August 2007, im Internet abrufbar unter: www.forestpeoples.org/documents/ifi_igo/avoided_deforestation_red_jun07_eng.pdf [18. Jan. 2008]
- IPCC (2007). Fourth Assessment Report. Report of Working Group I. Summary for Policymakers
- INDUFOR (2004): Impact assessment of the EU action plan for forest law enforcement, governance and trade (FLEGT), Helsinki. http://www.illegal-logging.info/uploads/FLEGT_Action_Plan_Impact_Assessment.pdf [27. März 2008]
- SCA [Seneca Creek Associates, LLC] & WRI [Wood Resources International, LLC] (2004): "Illegal" Logging and Global Wood Markets: The Competitive Impacts on the U.S. Wood Products Industry. Prepared for American Forest & Paper Association. Seneca Creek Associates, LLC and Wood Resources International, LLC.
- Statistisches Bundesamt (2008), Statistisches Jahrbuch 2007.
- UNFCCC (2005). FCCC/CP/2005/MISC.1 – Agenda item 6. Reducing emissions from deforestation in developing countries: approaches to stimulate action. Submission by the governments of Papua New Guinea and Costa Rica
- UNFCCC (2008). Decision/ CP.13 "Reducing emissions from deforestation in developing countries: approaches to stimulate action". Advanced unedited version, im Internet abrufbar unter: http://unfccc.int/files/meetings/cop_13/application/pdf/cop_redd.pdf [12. Jan. 2008]
- World Bank (2006): Strengthening Forest Law Enforcement and Governance: Strengthening a Systemic Constraint to Sustainable Development. Report No. 36638-GLB. Washington, DC: The World Bank.
- Verband der Fenster- und Fassadenhersteller e.V. (VFF) (2006). VFF warnt vor undifferenziertem Einsatz von "Meranti-Ersatzhölzern". Pressemitteilung vom 13.11.2006, im Internet abrufbar unter: <http://www.fensterplatz.de/fenster/fenster.nsf/MainPage?OpenFrameset&Frame=Mainframe&Src=/fenster/fenster.nsf/0/3218FE0806-CE9C71C1257221002C47F5%3FOpen-Document> [15. Jan. 2008], weitere Informationen unter: <http://www.window.de/index.php?id=103> [27. März 2008]
- WWF [World Wildlife Fund] International (2002): The timber footprint of the G8 and China – Making the case for green procurement by government. Report by P. Toyne, C. O'Brien & R. Nelson, Gland (Schweiz). http://www.panda.org/downloads/forests/G8_meeting_June2002.pdf [15. März. 2008]
- WWF (2004): Scale of illegal logging around the world – Currently available estimates. Compiled by the WWF European Forest Programme March 2004. <http://www.panda.org/downloads/forests/finalscaeofillegalloggingworldwide.doc> [15. März 2008]
- WWF (2005): „Heiße Ware“ Tropenholz. Illegale Holznutzung und Holzimporte aus Südostasien nach Deutschland: Eine Analyse der EU-Außenhandelsdaten. WWF Deutschland. Frankfurt am Main

Anhang 1: Liste der Interviewpartner

Interviewpartner	Institution	Sparte	Interviewdatum
Andreas Back	Hornbach	Bau- und Möbelmärkte	29.02.2008
Dr. Matthias Dieter	Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei (BfH)	Wissenschaft	11.02.2008
Dr. Lutz Fähser	Stadtforstamt Lübeck.	Forstwirtschaft	22.02.2008
Gunther Hentschel	freier Consultant	Zertifizierung	06.02.2008
Andreas von Möller	Jacob Jürgensen GmbH und Co KG	Holzhandel	12.02.2008
Arnold van Kreveld	Precious Wood Europe	Holzhandel	19.02.2008
Ulrich Malessa	FSC Deutschland	Zertifizierung	08.02.2008
Hans-Jürgen Narjes	Deutscher Forstunternehmer-Verband DFUV e.V.	Forstwirtschaft	13.02.2008
Stephan von Schreitter	F. W. Barth & Co. GmbH	Holzhandel	20.02.2008
Sven Schnöring	OBI	Bau- und Möbelmärkte	26.02.2008
Annette Wolfstein	IKEA	Bau- und Möbelmärkte	25.02.2008

Anhang 2: Fragebogen

1. Was verstehen Sie unter illegalem Holzeinschlag?
2. Sind Sie mit illegal gehandeltem Holz schon einmal in Berührung gekommen? Auf welche Weise?
3. Wie hoch ist Ihrer Meinung nach der Anteil an illegalem Holz am Gesamtaufkommen, das auf den deutschen/europäischen Markt gelangt?
4. Aus welchen Regionen kommt das meiste illegal geschlagene Holz? Auf welchen Wegen kommt es nach Deutschland/Europa?
5. Haben Sie konkrete ökonomische Schäden (Kosten), die Ihnen aufgrund des Handels mit illegalem Holz entstehen, beispielsweise durch Einkommenseinbußen, Verwaltungsaufwand, Preisinstabilitäten oder Imageschäden?
6. Wie hoch ist dieser Schaden Ihren Schätzungen zu Folge ausgedrückt in €/Jahr oder in %-Rückgang des Jahresumsatz (oder einer anderen anschaulichen Größe, ggf. für bestimmte Produktgruppen)?
7. Wie schützen Sie sich vor illegal geschlagenem Holz?
8. Wie kann das Problem weiter bekämpft werden?
9. Welche Rolle sehen Sie bei der Bekämpfung des Problems für die Politik, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene?

Anhang 3: Schätzung der Weltbank zu illegalem Holzeinschlag in ausgewählten Ländern (Quelle: World Bank 2006)

Indicative Estimates of Illegal Logging Selected Countries	
Country	Percent of total production
Bolivia	80
Brazil	20 - 47
Cambodia	90
Cameroon	50
Colombia	42
Ecuador	70
Gabon	70
Ghana	60
Indonesia	70 - 80
Laos	45
Malaysia	up to 35
Myanmar	50
Papua New Guinea	70
Peru	80
Russia	10-15 (northwest) 50 (far east)
Thailand	40
Vietnam	20-40

Sources: Savcor Indufor Oy (2004); Seneca Creek Associates and Wood Resources International (2004); FAO (2005); European Forest Institute (2005)

Greenpeace fordert:

- Ein europäisches Urwaldschutzgesetz, das den Besitz und Handel von Holzprodukten aus illegalem und nicht nachhaltigem Einschlag verbietet.
- Ein Verbot von Agrosprit, für dessen Herstellung Urwald gerodet wurde.
- Die Aufhebung der verpflichtenden Beimischungsquoten von Agrosprit in Deutschland und der EU.
- Ein sofortiges Moratorium auf die weitere Zerstörung und Degradierung der letzten Urwälder.
- Die Bereitstellung von international 30 Mrd. US-Dollar jährlich, um die Zerstörung der Urwälder zu stoppen.